

Editorial

Zur wirtschaftlichen Lage in Österreich: Konjunkturerholung in einer säkularen Stagnation

Bei vielen österreichischen Unternehmern und ihren Funktionären ist das Jammern notorisch. Kein Tag ohne neue Schreckensmeldung über lähmende Rahmenbedingungen für die im internationalen Wettbewerb stehenden Betriebe, das Zurückfallen des Standorts in immer wieder neu zusammengewürfelten *Rankings* und durchgängig düstere Zukunftsaussichten. Wie so oft bringt das Sprichwort die Sachlage auf den Punkt: Jammern ist des Kaufmanns Gruß.

Des Kaufmanns Gruß bringt nämlich nicht nur eine Stimmung zum Ausdruck, sondern verbindet damit auch eine Absicht, und zwar jene, in Geschäftsbeziehungen möglichst viel für sich selbst herauszuholen. Etwa in den Lohnverhandlungen, während derer die Branche als knapp vor dem Zusammenbruch dargestellt wird, um nach erfolgter Einigung umso üppigere Dividenden ausschütten zu können. Oder im politischen Ringen um die Reform des Steuersystems, wo die Millionäre umfangreiche Entlastungen fordern, weil sie im Vergleich zu den Eliten anderer Länder benachteiligt seien. Diese gefühlte Benachteiligung geht noch weiter. Österreichs Unternehmervertreter beobachten täglich, was im Zuge der Finanz-, Staatsschulden- und Arbeitslosigkeitskrise in Europa alles an euphemistisch als Strukturereformen bezeichneten Rückschritten möglich war: etwa eine Zerschlagung kollektivvertraglicher Lohnverhandlungssysteme, die unter tatkräftiger Mithilfe der EU-Instanzen in den südeuropäischen Krisenländern durchgezogen wurde; oder massive Einschnitte in die soziale Pensionsversicherung, die Arbeitslosenversicherung oder die öffentliche Gesundheitsversorgung, die zu einem drastischen Rückgang des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten geführt haben. Dieser soziale Rückschritt beschränkte sich nicht auf die Krisenländer, sondern wurde von den Neokonservativen in allen Parteien auch in den wirtschaftlich besser dastehenden Ländern umgesetzt. Man denke nur an die katastrophalen Kürzungen im öffentlichen Pensionssystem oder der sozialen Absicherung der Langzeitarbeitslosen, die in Deutschland unter der rot-grünen Bundesregierung zu einem riesigen Niedriglohnsektor und einer dramatischen Zunahme der sozialen Ungleichheit entscheidend beigetragen haben.